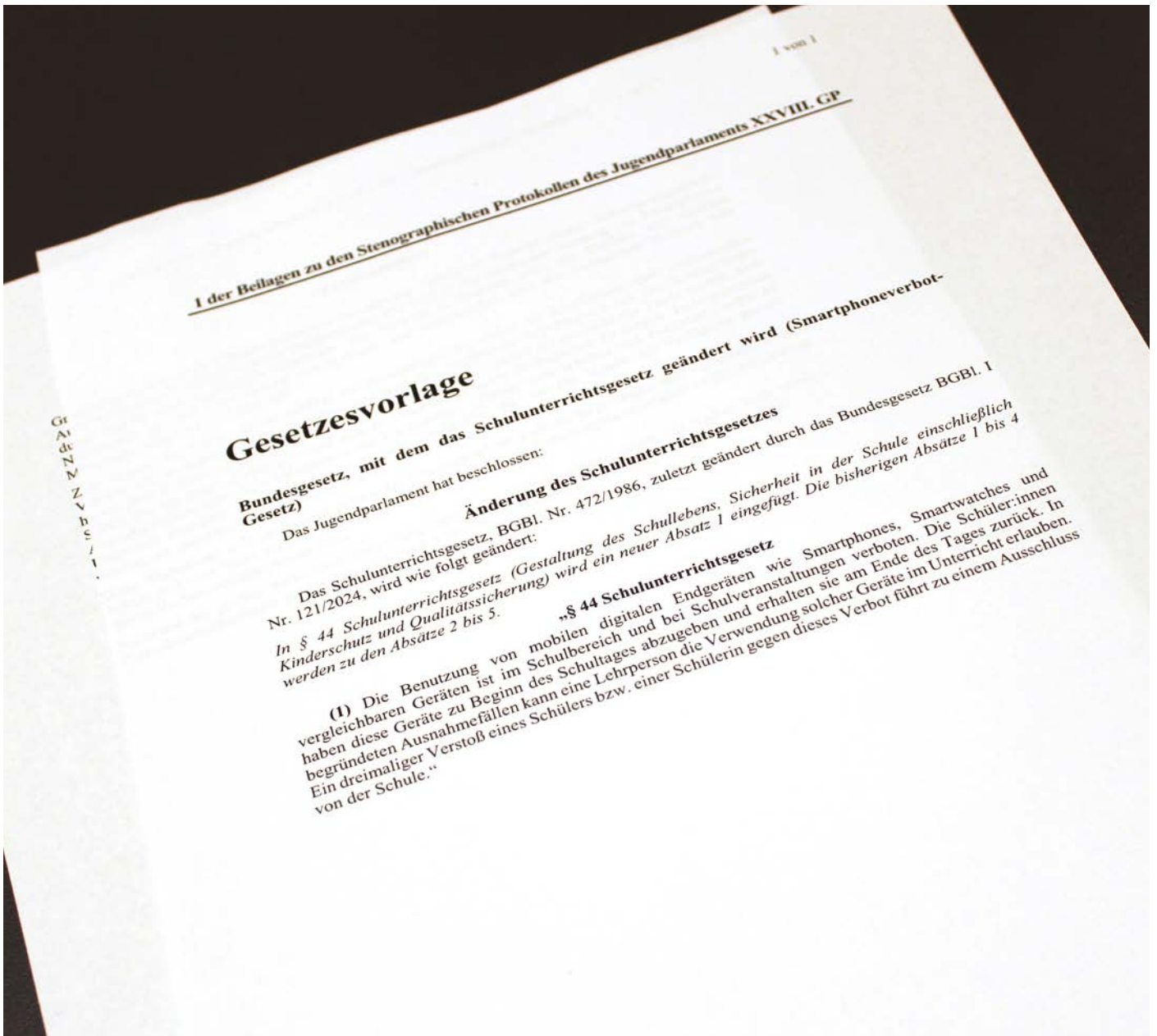




Jugend

parlament

Freitag, 29. November 2024



Parlamentsarbeit hautnah

Das Jugendparlament 2024

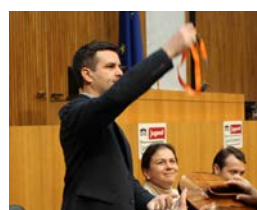
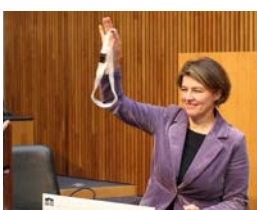


## Wie man ins Jugendparlament kommt

Es gab einen Wettbewerb, um im Rahmen des Jugendparlaments für zwei Tage hinter die Kulissen des Alltags im Parlament blicken zu können. „Was bedeutet Demokratie?“ stand im Vordergrund dieses Wettbewerbs, aber auch der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt. Bei den meisten Schulen machten die Lehrer:innen auf diese Aktion aufmerksam und erarbeiteten mit ihren Schülern und Schülerinnen die Beiträge für die Bewerbung. Ein Beispiel dafür sind die fünften Klassen des BRG Enns. In den folgenden Geschichtestunden schrieben sie die Strophen für ihren eigenen Demokratierap.

Auch mit ihrer Musiklehrerin arbeiteten sie an dem Rap weiter und spielten ihre eigene Musik mit Instrumenten ein. Doch nicht nur die Musik wurde aufgenommen, sondern auch der Liedtext wurde selber eingesungen. Der fertige Rap wurde als Video eingesendet. Beim Auswählen der Klassen wurde auf die Kreativität und die Umsetzung besonders geachtet. Anschließend wurde an die Gewinner:innen eine Nachricht gesendet, in der sie erfuhren, dass sie zu den Klassen gehören, die am Jugendparlament teilnehmen dürfen.

*Anna, Katharina*



# Der erste Tag im Jugendparlament

## Parlamentsführung und Interview mit dem Bundesratspräsidenten Franz Ebner

Wir sind im Parlament angekommen und bekommen eine Führung von Kaspar und Peter.

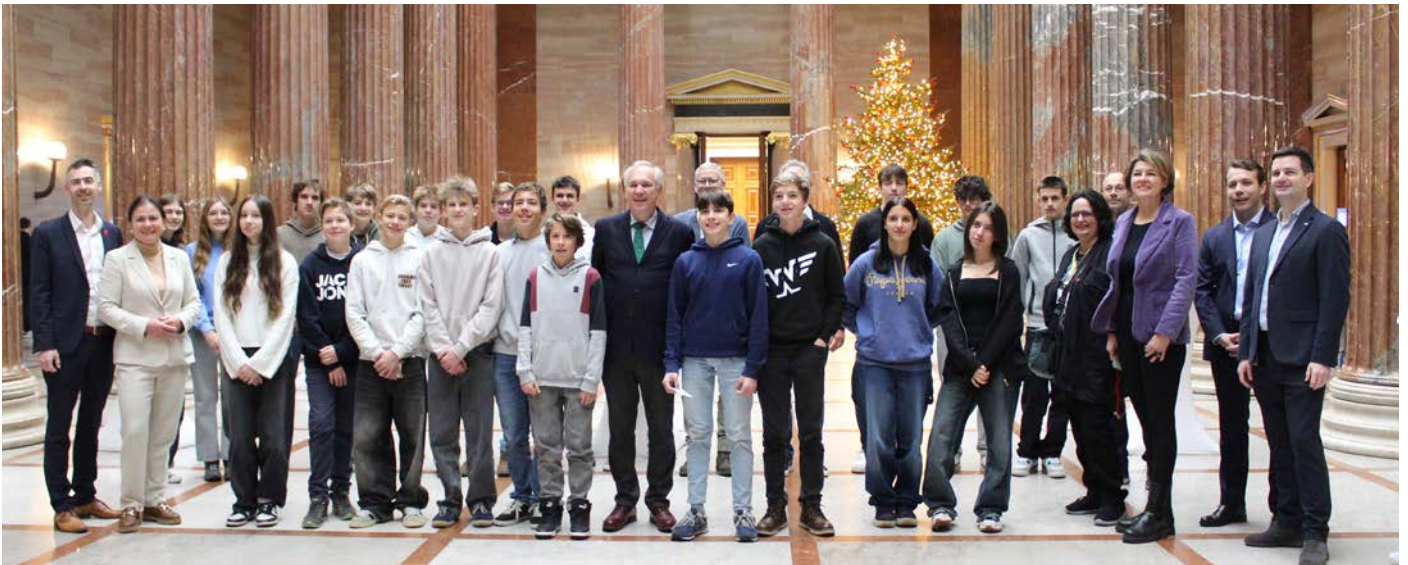
Als Erstes machten wir ein Spiel, in dem es darum ging, Ereignisse in die richtige Zeit einzuordnen. Danach gingen wir in den Bundesversammlungssaal und in einen Klubraum. Wir durften auch ein Foto mit dem Bundesratspräsidenten in einem separaten Raum machen.

Im Bundesversammlungssaal haben wir uns ein Statement zum Thema des Jugendparlaments angehört und uns in die Klubs aufgeteilt. Danach waren wir in der Säulenhalle und haben uns dort mit Essen gestärkt. Währenddessen wurde der Bundesratspräsident von einer Schülerin interviewt.

*Lena, Lina*



# Die teilnehmenden Klassen









## Arbeit in Klub Orange und Weiss

Im Klub Orange wurden den Abgeordneten des Jugendparlaments zum Einstieg ein paar Fragen zu ihrer Persönlichkeit und ihren eigenen smarten Geräten gestellt. Beispielsweise wurden sie gefragt, ob sie jemals Social Detox in Erwägung gezogen haben oder welche Geräte sie verwenden. Anschließend überlegten sie, wie im Klub eine gute Zusammenarbeit an dem Tag funktionieren könnte und stellten Regeln innerhalb ihres Klubs auf.

Im Klub Weiß wurden zu Beginn die einzelnen Rollen, wie zum Beispiel Schriftführer:in, Pressesprecher:in, oder Klubvorsitzende:r gewählt. Außerdem wurden auch ihnen Fragen zu ihrer Klubausrüstung gestellt, wobei alle individuell antworteten. Dabei kamen auch Themen wie beispielsweise Frauen- und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Akzeptanz zur Sprache sowie auch die eigene Meinung dazu.

*Carolina, Livia*



## Arbeit in Klub Gelb und Violett

Klub Gelb fing an der Aufgabe zu arbeiten an, indem sie Überlegungen zur Bildschirmzeit von Kindern und Jugendlichen anstellten. Anschließend wurde die Gruppen- und Rollenverteilung innerhalb des Klubs durchgeführt, um sich die Arbeit aufzuteilen. Die erste Gruppe las sich eine Statistik durch und besprach sie. Die zweite Gruppe sah sich verschiedene Strategien zu Handyverboten und die dazu gehörigen strengen Regelungen und Argumente an. Ein Beispiel dazu wäre etwa die Beeinflussung der Aufmerksamkeitsspanne. Der Klub besprach dann, was genau er an diesem Gesetzesentwurf ändern will und sammelte Argumente dazu. Danach tauschten sie sich außerdem über Koalitionsbe-

dingungen aus.

Der Klub Violett sprach über Handyregeln in der Volks- und Mittelschule. Sie wollen einerseits eine Altersbegrenzung von Handys in Volks- und Mittelschulen einführen, andererseits sollte man ab der 9. Schulstufe selbst darüber entscheiden, ob, wann und wieviel man das Handy benutzen möchte. Außerdem redeten sie auch über Einfluss der Handynutzung auf den Unterricht. Eine weitere wichtige Frage war für den Klub auch, ob das Gesetz zum handyfreien Unterricht dann auch für Lehrer:innen gelten sollte.

*Lena, Lina*





# Die Parlamentarier:innen



Abg. Maximilian Weinzierl (FPÖ)



Abg. Bettina Zopf (ÖVP)



Abg. Bernhard Herzog (SPÖ)



Abg. Christoph Pramhofer (NEOS)



Abg. Elisabeth Götze (GRÜNE)



## Interview mit Abg. Weinzierl

Wir haben den Medien- und Koalitionsbeauftragten Maximilian Weinzierl interviewt.

Auf die Frage, warum es wichtig ist, damit Politik öffentlich kommuniziert und erklärt wird, erzählte er uns, dass die Leute wählen gehen und es deshalb für sie wichtig ist zu wissen, wie die Parteien denken, um einschätzen zu können, wo sie sich am besten zugehörig fühlen.

Die letzte Frage war, wie er die Pressesprecher:innen auf das Pressegespräch vorbereitet. Er meinte, sie bräuchten nicht viel Vorbereitung. Die Reporter:innen könnten scharfe Fragen stellen und die Person, die antwortet, muss gut nachdenken.

*Lena, Laura*



## Interview mit Abg. Zopf

Am heutigen Tag des Jugendparlamentes wurde ein Interview mit Frau Zopf geführt. Auf die Frage „Worauf werden die Jugendlichen vor dem Plenum vorbereitet?“, sagte sie, dass ihnen gezeigt wird, wie man Mehrheiten bildet und wie man eine gute Rede vorbereitet. Außerdem

wurde sie noch zu ihrer eigenen ersten Rede befragt. Darauf antwortete sie, dass sie so nervös war, dass sie umgefallen wäre, wenn sie das Pult losgelassen hätte.

*Anna, Katharina*



## Interview mit Abg. Herzog

Ich habe ein Interview mit dem Abgeordneten Bernhard Herzog geführt, der heute Klub Orange begleitet. Seine Aufgaben im Jugendparlament sind, dass er den Jugendparlamentsabgeordneten Tricks und Tipps geben darf und sie

bei ihren Entscheidungen unterstützen. Es war für mich eine tolle Erfahrung mit einem richtigen Abgeordneten zu sprechen und es hat mir viel Spaß gemacht.

*Dana*



## Interview mit Abg. Pramhofer

Wir haben Herr Pramhofer gefragt, wie es jetzt nach dem Ausschuss weitergeht. Danach haben wir ihn gefragt, was in den Klubs passiert. Er erzählte, die Klubs müssen jetzt miteinander

reden und sich zusammenfinden. Cemile war sehr nervös und aufgeregt, dennoch hat sie die Aufgabe erfolgreich gemeistert.

*Cemile, Nilay*

## Interview mit Abg. Götze

Heute habe ich ein Interview mit der Abgeordneten Elisabeth Götze geführt. Dafür waren wir im Nationalratssitzungssaal und ich habe dabei Folgendes heraus gefunden: Frau Götzes heutige Aufgabe im Jugendparlament ist es, dem Weißen Klub zu erklären, wie Demokratie funktioniert und wie es im Parlament so abläuft. Sie möchte den Jugendlichen im Klub Weiß zeigen, wie man auch in einer größeren Gruppe zu einer Einigung kommen kann. Für mich als Reporterin

war es eine aufregende Situation und es hat mir sehr viel Spaß gemacht.

*Merve*





# Expertin und Experte im Interview

Im Jugendparlament wird heute wieder heftig diskutiert. Das Thema dieses Jahr: Smarte Geräte im Schulalltag. Begleitet werden die Schüler:innen als Abgeordnete zum Jugendparlament von einem Experten und einer Expertin aus dem Bereich IT und Digitaler Bildung. Barbara Buchegger, eine Mitarbeiterin bei verschiedensten Organisationen und pädagogische Leiterin von Saferinternet.at, arbeitet viel zum Thema psychologische und physische Auswirkungen von Handy- und Computernutzung. Ebenso hat sie regelmäßig Gastauftritte in Lehrveranstaltungen an pädagogischen Fachhochschulen zum Thema Digitale Gesundheit. Andreas Huber-Marx ist Lektor für Digitale Medien und politische Bildung an der Uni Wien sowie in der Bildungsdirektion für das Thema Digitalisierung in Wien tätig. Auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit hat Herr Huber-Marx genaue Einblicke in das Schulsystem und in Projekte die momentan an verschiedensten Bildungseinrichtungen durchgeführt werden. Deswegen ist er als Themenexperte im Jugendparlament genau richtig.



Im Interview mit Barbara Buchegger stellte sich heraus, dass es in den Besprechungen zum Gesetzesvorschlag um die Nutzung digitaler Geräte im Schulalltag geht. Andreas Huber-Marx, ergänzte, dass heute auch eine Regelung für Verstöße gegen die Handyregelung diskutiert wird.

*Johannes, Arthur*



**Barbara Buchegger**



**Andreas Barnabas Huber-Marx**

# Der erste Ausschuss

In der ersten Ausschusssitzung diskutierten ein paar von den jeweiligen Klubs ausgewählte Abgeordnete des Jugendparlaments über das Smartphoneverbotsgesetz. Dabei fielen viele verschiedene Meinungen: Zum Beispiel von Klub Orange, die es sehr übergriffig finden würden und dass die Sanktionen ihrer Meinung nach viel zu streng gehalten sind. Die Klubs Weiß und Violett sind ähnlicher Meinung. Sinnvoll wäre, Handys im Unterricht behalten zu dürfen, da z. B. auf Schulausflügen Unfälle passieren könnten und man dann so schnell wie möglich jemanden darüber informieren könnte. Eine weitere Begründung war, dass wir in einem modernen Zeitalter leben und wir mit diesem Verbot gegen die Zukunft arbeiten, da wir mit

der Digitalisierung und nicht gegen sie arbeiten sollen.

Der Klub Gelb hingegen befürwortet das Gesetz, jedoch sollte es in den Pausen und Freistunden aufgehoben werden. Außerdem wäre das Ein- bzw. Absammeln zwischen den Unterrichtsstunden eher schwer umsetzbar. Viele waren auch der Meinung, digitale Geräte, die von der Schule ausgeteilt werden, sollen im Unterricht öfter zu benutzt und nicht verboten werden. Am Ende kam ein Abgeordneter zum Entschluss, dass keiner der Klubs mit dem jetzigen Gesetz zufrieden ist und definitiv eine Änderung vorgenommen werden sollte.

*Carolina, Livia*



# Aus der Parlamentskorrespondenz

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments

## 1. Meldung der Parlamentskorrespondenz beim Jugendparlament 2024

### Bundesregierung schlägt Smartphoneverbot an Schulen vor

Diskussion im Ausschuss des Jugendparlaments

Wien (PK) – Die Bundesregierung hat einen Gesetzesvorschlag eingereicht zum Verbot von Smartphones im Schulalltag. Wann dieses Gesetz in Kraft treten soll, ist noch unklar. Der Ausschuss des Jugendparlaments hat heute über das Smartphoneverbot beraten.

Der Vorschlag lautet, dass die Schüler:innen am Anfang des Tages die Smartphones und ähnliche Geräte abgeben müssen und diese erst nach dem Schultag wieder erhalten. Von der Schule zur Verfügung gestellte Geräte sollen von diesem Gesetz ausgenommen werden. In Ausnahmefällen dürfen private Geräte während der Unterrichtszeit verwendet werden, allerdings nur mit Erlaubnis der Lehrperson. Wenn man dreimal gegen das Verbot verstößt, wird man von der Schule ausgeschlossen. Die neue Regelung soll mit einer Änderung des Schulunterrichtsgesetzes erfolgen.

Die Bundesregierung möchte die Schüler:innen vor den negativen Einflüssen der sozialen Netzwerke schützen, heißt es in den Erläuterungen der Gesetzesvorlage. Die ständige Nutzung von Messenger-Apps stellt im Schulalltag laut Bundesregierung ein Problem dar.

### Klubs diskutieren im Ausschuss über den Gesetzesvorschlag

Im Ausschuss äußerten sich alle Klubs kritisch zum Vorschlag der Regierung. Der Orange Klub fand den Vorschlag sehr übergreifend und die Konsequenzen bei einem Verstoß zu drastisch. Stattdessen wollen die Mitglieder des Klubs verschiedene Gesetze für die verschiedenen Schulstufen. Ein generelles Verbot finden sie nicht sinnvoll, weil man gegen die Zukunft arbeiten würde.

Der Weiße Klub schloss sich der Meinung des Klubs Orange an, dass ein übergreifendes Gesetz



für alle Schulstufen nicht sinnvoll wäre. Die Vertreter:innen des Weißen Klubs meinten außerdem, dass das Einsammeln und Austeilen der Smartphones aufgrund von unterschiedlichen Unterrichtszeiten schwierig werden könnte.

Aus Sicht des Gelben Klubs sollten Pausen und Freistunden vom Verbot ausgeschlossen sein. In der Oberstufe sollte das Verbot gar nicht gelten. Sie stimmten dem Orangen Klub zu, dass die Sanktionen zu drastisch seien. Man sollte mit der Digitalisierung zusammenarbeiten anstatt dagegen, sagte eine Vertreterin.

Der Violette Klub fand die Strafe ebenfalls zu streng und schlug einen Klassenbucheintrag bei Verstoß gegen das Verbot vor. (Schluss) pra/pri/kar





## Die Meinungen der Klubs

Um genauere Einblicke in die Meinungen der einzelnen Klubs zu bekommen, wurden die jeweiligen Klubobleute zu den Punkten generelle Meinung, innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten und mögliche Koalitionspartner befragt. Hier sind die Ergebnisse:

Der Klub Violett ist grundsätzlich für die Einführung eines Handyverbots an den Schulen, jedoch wollen sie die Konsequenzen bei einem Verstoß gegen die Regelung ändern. Das Verbot soll nicht überall gelten. Genauere Angaben gibt es derzeit aber noch nicht. Innerhalb der Partei herrschen momentan noch kleine Meinungsverschiedenheiten, die sich aber wahrscheinlich im Laufe des Nachmittags legen werden. Ein möglicher Koalitionspartner wurde noch nicht bekanntgegeben.

In der „Orangen Ecke“ sieht es etwas anders aus: Sie sind für ein absolutes Verbot von Handys an Volksschulen, da sie der Meinung sind, dass Kinder in diesem Alter noch nicht mit dem Internet konfrontiert werden sollten. In der Unterstufe soll es ein teilweises Verbot geben, beispielsweise im Unterricht. Dieses Verbot soll

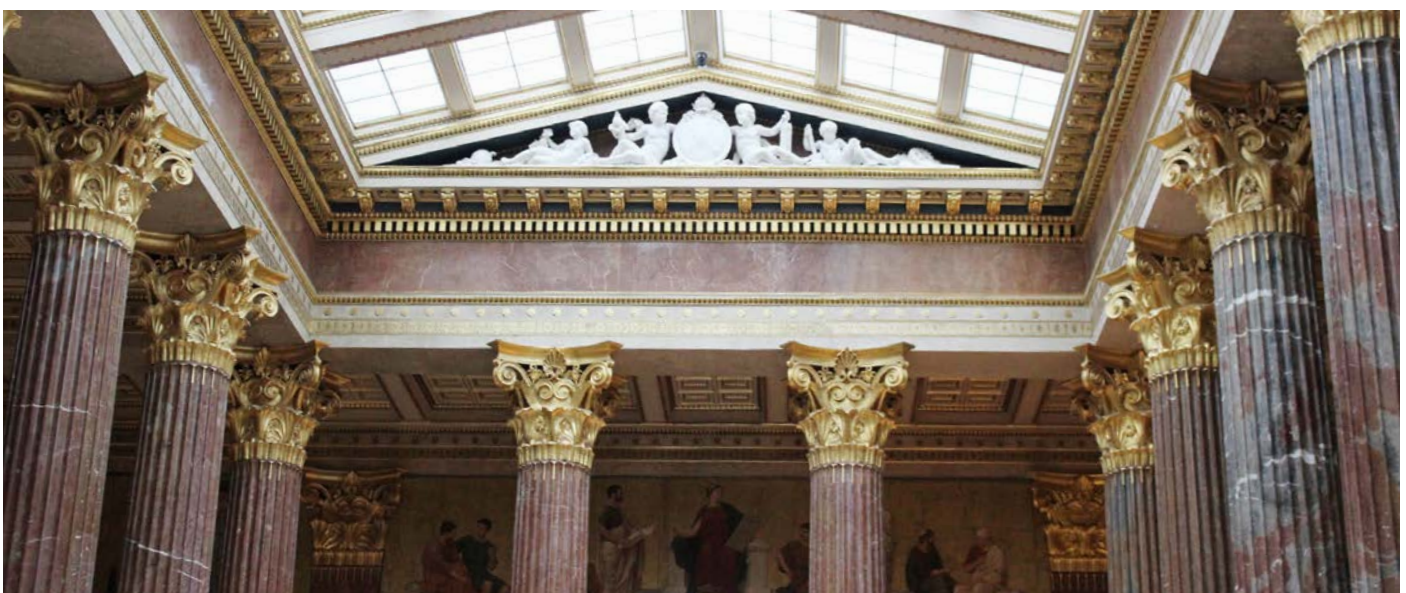
jedoch bei Schulveranstaltungen nicht greifen, da es eine Möglichkeit sei, bei Notfällen jemanden zu kontaktieren. Ab der 9. Schulstufe soll das Verbot dann komplett aufgehoben werden. Bei Verstoß soll es jedoch mit aufsteigender Schulstufe strengere Konsequenzen geben. Alle Mitglieder in der Partei sind einer Meinung und sie würden am ehesten mit dem Weißen Klub koalieren.

Der Gelbe Klub ist ähnlicher Meinung wie Klub Orange. Sie sind ebenfalls für ein Verbot im Unterricht, jedoch soll das Verbot in den Pausen nicht gelten. Anfangs gab es unterschiedliche Meinungen, doch es wurde schnell ein Kompromiss gefunden. Die Gelben sind ebenfalls für eine Koalition mit Weiß.

Von den Weißen bekamen wir dieselbe Antwort wie von Orange. Auch sie sind für ein absolutes Handyverbot in der Volksschule, ein teilweises Verbot in der Unterstufe und kein Verbot mehr ab der Oberstufe. Alle Mitglieder sind derselben Meinung und sind bevorzugt für eine Koalition mit Orange.

*Arthur, Johannes*

# Gespräche mit den Klubobleuten



# Aus der Parlamentskorrespondenz

## 2. Meldung der Parlamentskorrespondenz beim Jugendparlament 2024

### Einblicke ins Jugendparlament

Angewandte politische Bildung im Parlament

Wien (PK) – Schüler:innen der neunten Schulstufe aus Oberösterreich und Salzburg lernen beim Jugendparlament, wie die Gesetzgebung im Parlament abläuft. Im November 2024 wurde das Thema „Smarte Geräte im Schulalltag“ im Parlament in Wien besprochen.

Die Jugendlichen wurden in Klubs eingeteilt. Abgeordnete aller Parlamentsparteien waren anwesend, um die Schüler:innen zu unterstützen. Bettina Zopf (ÖVP) wurde der Violette Klub zugeteilt, Bernhard Herzog (SPÖ) der Orangene Klub, Christoph Pramhofer (NEOS) der Gelbe und Elisabeth Götze (Grüne) der Weiße. Maximilian Weinzierl (FPÖ) unterstützte bei den Koalitionsverhandlungen.

Die Schüler:innen erhielten einen Gesetzesvorschlag und diskutierten diesen in Klub- und Ausschusssitzungen. Am Ende stimmten sie über den Gesetzesvorschlag im Plenum ab. Ungefähr 20 Schüler:innen berichteten mit Film- und Zeitungsreportagen, per Parlamentskorrespondenz und Social Media über das Jugendparlament.

Am Vortag hatten die Jugendlichen eine Führung durch das Parlament und konnten den Bundesratspräsidenten Franz Ebner aus Oberösterreich kennenlernen. Das Social-Media-Team hat ihn sogar interviewt.

**Social-Media-Team: Warum gibt es das Jugendparlament und was ist daran interessant?**

**Franz Ebner:** Das Jugendparlament ist ganz wichtig, weil junge Menschen erleben können, wie Demokratie funktioniert. Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie ist nicht gottgegeben und wir müssen immer wieder auch lernen, wie Demokratie funktioniert. Das ist für junge Menschen, für Schülerinnen und Schüler eine ganz besondere Möglichkeit, das beim Jugendparlament

zu tun, selbst in die Rolle von Abgeordneten und Journalisten zu schlüpfen und auch Gesetze zu beschließen.

**Social-Media-Team: Warum sind Sie Politiker geworden?**

**Franz Ebner:** Weil es für mich ganz entscheidend ist, dass es Menschen gibt, die ihre Meinung einbringen, die miteinander gestalten wollen. Wir machen hier im Parlament die Regeln für das Zusammenleben in Österreich und mir ist es ganz wichtig, hier eine Stimme zu sein und eine Meinung einzubringen. (Schluss) pra/pri/kar

## Nationalratspräsident Walter Rosenkranz im Interview



# Das Pressegespräch

Beim Pressegespräch stellte sich heraus, dass der Gelbe Klub bereit für eine Koalition mit Weiß und Orange wäre, da sie der Meinung sind, ähnliche Ansichten zu teilen. Sie sind für ein Handyverbot an Volksschulen und entsprechenden Änderungen mit aufsteigender Schulstufe.

Klub Orange hingegen gab bekannt, nur mit Weiß koalieren zu wollen, da ihnen eine Dreierkoalition mit Weiß und Gelb aufgrund kleiner

Meinungsverschiedenheiten von Gelber Seite her nicht passen würde. Sie sind für ein Verbot der Smartphones von der ersten bis zur vierten Schulstufe. Von der fünften bis zur achten Klasse soll das Smartphone in der Schule nur für schulische Zwecke verwendet werden und ab der neunten Schulstufe soll die Regelung auf Eigenverantwortlichkeit der Schüler:innen beruhen.

*Arthur, Johannes*



# Der zweite Ausschuss



Die zweite Ausschusssitzung war kürzer als die erste, da die meisten Klubs relativ einstimmig waren. Dementsprechend wurde weniger diskutiert und es ist schnell zum Schluss gekommen. Es wurde darüber abgestimmt, dass der Vorschlag so umgeändert wird, dass an Volksschulen

ein Handyverbot herrscht, da es in einer Volksschule nicht nötig ist, ein Smartphone zu verwenden. Doch für die fünfte bis zur achten Schulstufe wurde entschieden, dass Schüler:innen ihr Handy in den Pausen benutzen dürfen.



# Aus der Parlamentskorrespondenz

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Jugendparlaments

## 3. Meldung der Parlamentskorrespondenz beim Jugendparlament 2024

**Ausschuss des Jugendparlaments stimmt für Abänderungsantrag zum Smartphoneverbot-Gesetz**

Vorschlag kommt einstimmig ins Plenum

Wien (PK) – Der Ausschuss des Jugendparlaments hat heute eine abgeänderte Version des vorgeschlagenen Smartphoneverbot-Gesetzes an Schulen ins Plenum geschickt.

Der ursprüngliche Plan der Regierung war es, dass Schüler:innen aller Schulstufen ihre Smartphones zu Schulbeginn abgeben müssen und diese erst nach dem Unterricht zurückerhalten. Bei drei Verstößen gegen das Verbot wäre ein Schulverweis erfolgt.

Da alle Klubs dagegen waren und diese Maßnahmen sehr extrem fanden, beantragten Abgeordnete der Klubs Orange und Weiß eine Änderung des Gesetzesvorschlags: Für Schüler:innen der ersten bis vierten Klassen ist ein komplettes Handyverbot vorgesehen. Schüler:innen der fünften bis achten Schulstufe sollen ihre Smartphones in der Pause und in den Freistunden verwenden dürfen. Und ab der neunten Schulstufe soll es erlaubt sein, das Handy zu verwenden, solange der Unterricht nicht gestört wird.

Beim Nichteinhalten der Regeln droht den ersten bis vierten Klassen ein Gespräch mit den Eltern. Ab der fünften Schulstufe soll es Klassenbucheinträge geben. Bei mehr als drei Klassenbucheinträgen drohen Gespräche mit den Eltern oder Sozialleistungen.

Vertreter:innen der Klubs Orange und Weiß erläuterten im Ausschuss ihre vorgenommenen Änderungen. Die Klubs berichteten außerdem von den Verhandlungen: Es habe einige verschiedene Meinungen gegeben, doch sie konnten sich schnell einigen. Auch der Violette und der Gelbe Klub äußerten ähnliche Vorstellungen und fanden den Änderungsvorschlag gut. Der Ausschuss entschloss sich einstimmig, den Vorschlag ins Plenum zu schicken. (Schluss) pra/pri/kar



# Ausschussbericht

## 2 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXVIII. GP

### Bericht

### des Ausschusses des Jugendparlaments

**über die Gesetzesvorlage (1 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (Smartphoneverbot-Gesetz)**

Griechenland, Italien und Ungarn haben vor Kurzem ein Verbot von Smartphones an Schulen eingeführt. Auch in Österreich wird schon seit längerem über die Risiken der dauernden Nutzung von Smartphones durch Kinder und Jugendliche diskutiert. Ein besonderes Problem stellt der Einfluss von sozialen Netzwerken auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und die andauernde Nutzung von Messenger-Apps in der Schule dar.

Zum Schutz der Schüler:innen schlägt die Bundesregierung daher die Einführung eines umfassenden Verbots von Smartphones, Smartwatches und ähnlichen Geräten im Schulbereich vor. Diese Maßnahme soll umfassend gelten. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Regelung soll es bei Verstößen gegen das Verbot auch strenge Disziplinarmaßnahmen geben.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 29. November 2024 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung legten die Klubs ausführlich ihre Standpunkte dar und kritisierten die Herangehensweise der Bundesregierung stark.

Im zweiten Teil der Sitzung präsentierten **Klub Orange** und **Klub Weiß** einen umfassenden Abänderungsantrag. Anstelle eines gänzlichen Verbots soll die Nutzung von Smartphones und anderen digitalen Endgeräten angepasst an die Schulstufen 1-4, 5-8 und 9-13 geregelt werden. Dabei soll ab der 5. Schulstufe eine verantwortliche Nutzung durch die Schüler:innen im Vordergrund stehen. Aus diesem Grund soll es auch keine strengen Disziplinarmaßnahmen geben, da diese nur wenig Wirkung zeigen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Noris **Reindl**, Alicia **Krenninger**, Daniela **Ortner**, Niki **Winter**, Annabel **Seidl**, Isabella **Forsthuber**, Louise **Lex**, Jin **Hongyu**, Ciara **Nussbaumer**, Lucilla **Noris**, Janik **Haslinger** und Jana **Zimmerbauer** sowie die Ausschussobfrau Mag.<sup>a</sup> Laura Käfer.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf in der Fassung des Abänderungsantrages der **Klubs Orange** und **Weiß** einstimmig beschlossen.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Janik **Haslinger** gewählt.

Wien, 2024 11 29

**Janik Haslinger**  
Berichterstatter

**Mag.<sup>a</sup> Laura Käfer**  
Obfrau

# Aus der Parlamentskorrespondenz

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Jugendparlaments

## 4. Meldung der Parlamentskorrespondenz beim Jugendparlament 2024

### Jugendparlament beschließt Smartphoneverbot an Schulen

Umfassende Debatte in der Plenarsitzung

Wien (PK) – Das Jugendparlament hat am 29. November mehrheitlich ein Smartphoneverbot an Schulen beschlossen. Vorgesehen sind unterschiedliche Regeln je nach Schulstufe sowie abgestufte Strafen, wenn Schüler:innen gegen das Verbot verstoßen.

In der Debatte im Nationalratssaal des Parlaments in Wien legten die Abgeordneten ihre Standpunkte dar. Sie brachten zudem weitere Forderungen zum Umgang mit digitalen Geräten an Schulen ein.

### Unterschiedliche Regeln je nach Schulstufe

Smartphones, Smartwatches und ähnliche Geräte sind künftig in der Volksschule verboten. Von der fünften bis zur achten Schulstufe sind derartige Geräte während des Unterrichts verboten, in den Pausen und Freistunden aber erlaubt. Ab der neunten Schulstufe dürfen Schüler:innen ihre Smartphones grundsätzlich verwenden, solange sie den Unterricht damit nicht stören.

Bei Verstößen gegen das Verbot sind in der Volksschule Gespräche mit den Erziehungsberechtigten vorgesehen. Ab der fünften Schulstufe soll es Klassenbucheinträge und ab drei Einträgen ebenfalls ein Gespräch mit den Eltern geben. Bei weiteren Verstößen müssen Schüler:innen Sozialstunden an der Schule leisten.

Die Klubs Orange, Weiß und Gelb stimmten im Plenum für die Änderung des Schulunterrichtsgesetzes, die somit mehrheitlich beschlossen wurde. Berichterstatter Janik Haslinger (Orange) legte dar, dass ein gänzlichliches Smartphoneverbot, wie es die Regierung ursprünglich vorgeschlagen hatte, auf Kritik gestoßen war. Die Klubs Orange und Weiß haben den Vorschlag deshalb umfassend abgeändert.

## **Abgeordnete berichten über Standpunkte und Zusammenarbeit**

Ivona Marković (Orange) zeigte sich zufrieden über die Koalition mit dem Klub Weiß. Auch Jakob Buchberger und Michael Kim (beide Weiß) berichteten über eine gute Zusammenarbeit. "Wir kamen, wir koalierten, wir siegten", fasste Felix Forstner (Orange) für seinen Klub zusammen. Mit der vorgeschlagenen Änderung gehe man in der digitalen Entwicklung nach vorne und nicht nach hinten.

Freiheit und Toleranz seien die Grundwerte seines Klubs, erläuterte Jin Hongyu von den Weißen. Der gemeinsam verhandelte Abänderungsantrag spiegle mehr Freiheit und eine tolerante Fehlerkultur wider. Sarah Anna Fischer (Weiß) plädierte ebenfalls für Eigenverantwortung.

Mona Putschögl (Gelb) legte dar, dass ihr Klub ähnliche Ansätze wie der Klub Weiß habe, aber keine Koalition zustande gekommen sei. Weil man das gleiche Ziel verfolge, mache das aber wenig aus. Auch Isabella Forsthuber und Katharina Perktold (beide Gelb) befürworteten die Regelungen. Maßnahme sollten immer verhältnismäßig sein, betonte ihre Klubkollegin Anja Pruscha. Schüler:innen müssten lernen, mit der Digitalisierung umzugehen, sagte Nadine Aigner (Gelb).

Vom Klub Violett erklärte Ivan Pavic, dass der Klub seine Verbesserungsvorschläge im Abänderungsantrag vermisst und daher nicht zustimmen kann.

## **Debatte über vorgesehene Regelungen für Smartphones an Schulen**

Mobilgeräte werden immer wichtiger, sagte Noris Reindl (Orange). Deshalb sei seinem Klub wichtig, sie nicht zu verbieten. Man solle mit der Entwicklung gehen und nicht dagegen ankämpfen, meinte er. Seine Klubkolleginnen Ciara Nussbaumer und Juliana Reisinger erläuterten die verhandelten Regeln für die unterschiedlichen Schulstufen.

Alicia Krenninger (Weiß) betonte, sie stehe für die Freiheit des Einzelnen. In der ersten bis vierten Schulstufe sei ein Verbot von Smartphones notwendig. Ab der neunten Schulstufe setze man aber auf Eigenverantwortung, erläuterte Helena Mertl (Weiß).

Vom Klub Gelb fand Sanja Marković es schade, dass Schulveranstaltungen nicht generell vom Verbot ausgenommen werden. Sie fand die Regelung dennoch wichtig und warb um Zustimmung.

Erfreut über den gefundenen Kompromiss zeigte sich Daniela Ortner (Gelb).

Josef Schlatte (Violett) äußerte Kritik an den vorgesehenen Sozialleistungen. Schüler:innen hätten damit weniger Zeit zum Lernen, sagte er. Arabella Haidinger (Violett) schlug vor, statt Elterngesprächen in der Volksschule Schulungen anzubieten. Lily Emma Jahn (Violett) war dafür, dass ein Smartphoneverbot in der fünften bis achten Schulstufe schulautonom geregelt werden soll. Auch ihr Klubkollege Paul Reiter fand, die Regelung sei besser dem jeweiligen Schulgemeinschaftsausschuss überlassen, da Schulen stark unterschiedlich seien.

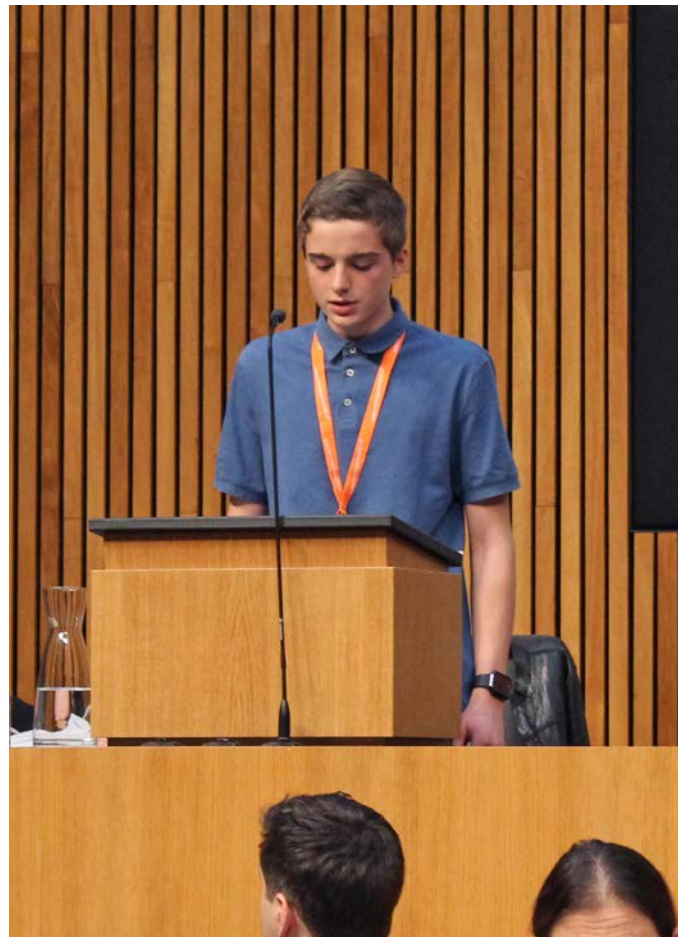
### **Weitere Forderungen rund um digitale Geräte**

Zum Schluss der Sitzung brachten die Abgeordneten noch weitere Vorschläge im Zusammenhang mit digitalen Geräten an Schulen ein. Jakob Klausberger (Gelb) fand es wichtig, dass auch Lehrende zukunftsrelevante Fertigkeiten erwerben. Er brachte deshalb einen Entschließungsantrag ein, mit dem er ein Ausbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich digitaler Kompetenzen forderte. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Felix Forstner (Orange) wünschte sich ein Mitspracherecht der Schüler:innen bei der Auswahl von Schulgeräten. Sein Entschließungsantrag fand aber keine Mehrheit und wurde daher abgelehnt.

Zustimmung gab es hingegen für einen Entschließungsantrag von Angelina Höfer (Weiß). Sie trat damit für verpflichtende Fortbildungen im Bereich Medienkompetenz für Lehrpersonen ein. Schüler:innen sollten einmal pro Monat über einen verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien unterrichtet werden, forderte Höfer.

Jana Zimmerbauer (Gelb) forderte mit einem Entschließungsantrag, den Einsatz von digitalen Elementen im Schulunterricht zu fördern. "Die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten, wir müssen daher lernen, sie richtig einzusetzen", sagte sie. Ihr Antrag wurde mehrheitlich angenommen. (Schluss)  
kar







---

# Entschließungsanträge

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Angelina **Höfer**, Alexandra Palmetzhofer, Florian Lichtenberger, Hermann Pelger (Klub Weiß), Kolleginnen und Kollegen  
betreffend **Medienbildung in Schulen**

*Wir sollen nicht gegen die Digitalisierung arbeiten. Schülerinnen und Schüler sollten früh den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien lernen. Werden sie ab einem gewissen Alter einfach mit diesen Medien konfrontiert, kommen vielleicht schnell Komplikationen auf.*

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden  
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Das Jugendparlament wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Lehrpersonen der Unterstufe und höherer Schulen zu Fortbildungen im Bereich Medienkompetenz zu verpflichten. Diese sollten halbjährlich stattfinden. Schülerinnen und Schüler dieser Schulstufen sollten mindestens ein Mal pro Monat ausreichend über den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien vertraut werden.

---

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Jana **Zimmerbauer** (Klub Gelb), Kolleginnen und Kollegen  
betreffend **vermehrten Einsatz digitaler Elemente im Schulunterricht**

*Digitale Bildung wird durch den Einsatz von Laptops unterstützt. Die Nutzung der zur Verfügung gestellten Schulgeräte soll nicht nur im Informatikunterricht, sondern in sämtlichen Schulgegenständen erfolgen. So sollen Schüler:innen auf die digitalen Anforderungen der digitalen Arbeitswelt bestmöglich vorbereitet werden.*

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden  
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Das Jugendparlament wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, um den vermehrten Einsatz digitaler Elemente im Schulunterricht zu fördern. So sollen digitale Kompetenzen, die Schüler:innen im späteren Berufsleben benötigen, bereits frühzeitig erlernt werden und zur Erhöhung der Berufschancen führen.



## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Felix **Forstner**, Ivona Marković, Liliana Gaffl (Klub Orange), Kolleginnen und Kollegen betreffend **Mitbestimmung der Schüler:innen bei der Wahl des Schulgeräts**

*Die bisherige Praxis, dass Schulen ohne vorherige Konsultation der Schüler:innen die Schulgeräte für die einzelnen Schüler:innen auswählen, soll geändert werden. So soll sichergestellt werden, dass Schüler:innen das für sie am besten geeignete Schulgerät erhalten und somit ihr Schulalltag erleichtert wird.*

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden  
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Das Jugendparlament wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, neben den einzelnen Schulen auch den Schüler:innen ein Mitspracherecht bei der Auswahl von Schulgeräten einzuräumen. Dabei sollen die Schüler:innen mit Mehrheit entscheiden, welches Gerät ihnen zur Verfügung gestellt werden soll.

---

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Jakob **Klausberger** (Klub Gelb), Kolleginnen und Kollegen betreffend **die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Bereich digitale Kompetenzen**

*Alle Lehrerinnen und Lehrer sollten digitale Kompetenzen erwerben, um diese an die Schülerinnen und Schüler weitergeben zu können.*

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden  
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Das Jugendparlament wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Ausbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich digitale Kompetenzen einzuführen, wenn dies erforderlich ist.









# Der neue Gesetzestext

## Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (Smartphoneverbot-Gesetz)

Das Jugendparlament hat beschlossen:

### Änderung des Schulunterrichtsgesetzes

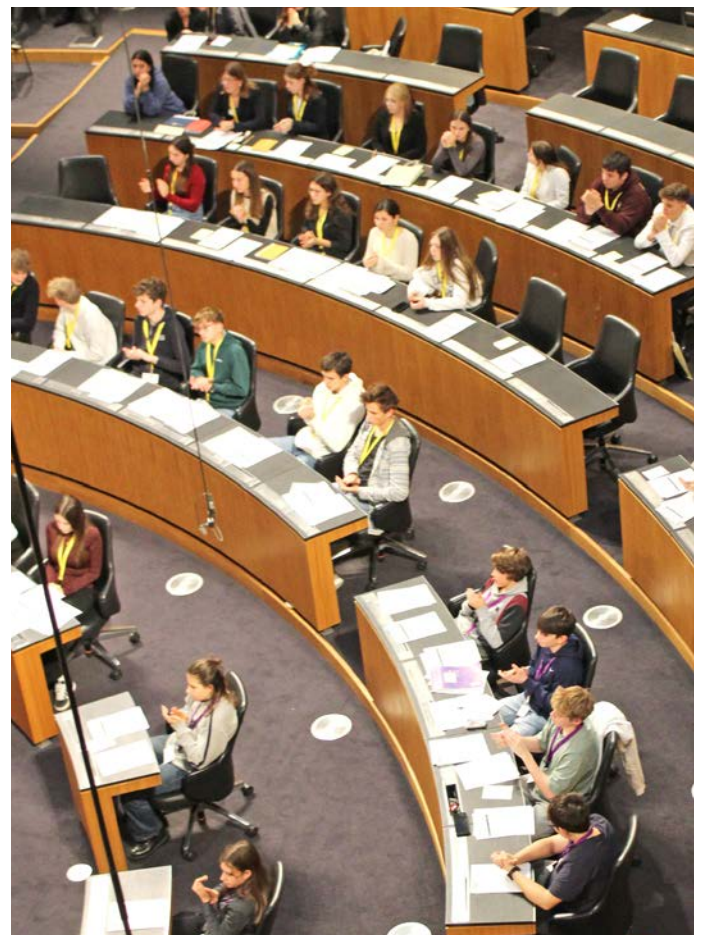
Das Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 121/2024, wird wie folgt geändert:

*In § 44 Schulunterrichtsgesetz (Gestaltung des Schullebens, Sicherheit in der Schule einschließlich Kinderschutz und Qualitätssicherung) wird ein neuer Absatz 1 eingefügt. Die bisherigen Absätze 1 bis 4 werden zu den Absätzen 2 bis 5.*

„(1) Die Benutzung von mobilen digitalen Endgeräten wie Smartphones, Smartwatches und vergleichbaren Geräten im Schulbereich und bei Schulveranstaltungen ist Schüler:innen

- in der 1. bis 4. Schulstufe verboten,
- in der 5. bis 8. Schulstufe während der Unterrichtseinheiten verboten,
- ab der 9. Schulstufe erlaubt, sofern der Unterricht nicht gestört wird.

Bei einem Verstoß gegen das Verbot in der 1. bis 4. Schulstufe ist die Angelegenheit mit den Erziehungsberechtigten zu besprechen. Ab der 5. Schulstufe wird ein Verstoß gegen das Verbot oder das Stören des Unterrichts im Klassenbuch vermerkt. Nach dem dritten Klassenbucheintrag werden die Erziehungsberechtigten informiert. Bei weiteren Verstößen hat der bzw. die Schüler:in Sozialstunden zu leisten. Das Ausmaß bestimmt der bzw. die Schulleiter:in.“



# Das Reportageteam



Carolina Fritscher



Dana Groissböck



Johannes Gruber



Livia Gugerbauer



Laura Kaindl



Katharina Lintner



Lina Pendlmayr



Lena Prinz



Arthur Stader



Cemile Soysal



Anna Tausch



Nilay Topucar



Merve Yolyaran

## Social-Media-Team



Lea Gschwandtner



Susanne Kerschbaummayr



Julijan Petrovic



Valentina Wuvalla

## Redakteurinnen der Parlamentskorrespondenz



Madita Prantner



Theresa Priske





## Impressum

**Eigentümerin, Herausgeberin, Verlegerin, Herstellerin:**  
Parlamentsdirektion

**Grundlegende Blattrichtung:** Erziehung zum  
Demokratiebewusstsein.

**Jugendparlament, Demokratiewerkstatt**

Die in dieser Zeitung wiedergegebenen Inhalte geben die persönliche Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlaments wieder.

Bildrechte: © Parlamentsdirektion, soweit nicht anders  
vermerkt.

Seite 3: © Parlamentsdirektion/Zinner

[www.reininsparlament.at](http://www.reininsparlament.at)



Parlament  
Österreich

1B, Modeschule Hallein

1GB, HTL1 Linz

5L, BRG Salzburg

5A, 5B, 5G, BRG Enns

PTS Schwanenstadt

